

gleichfalls „demokratischen“ Gegenargumentes der Beitrags- und Leistungsvereinheitlichung andererseits erwies dieses Argument sich 1945/46 noch als wenig schlagkräftig. Es sollte aber bei den Debatten über die Wiederezulassung der Kassen 1948/49 als ein Kernpunkt im Kampf gegen die Einheitskrankenversicherung insbesondere durch CDU und FDP wieder aufgenommen werden.

Im Fazit erweist sich, daß die politische Auseinandersetzung um die Struktur der Sozialversicherung bereits im Winter 1945/46 hart geführt wurde. Das Bild von dem zögernden Wiederbeginn politischer Tätigkeit im Nachkriegsdeutschland erhält hier keine Bestätigung. Relativ selten war ein unterwürfiges Verhalten gegenüber der Besatzungsmacht zu beobachten, wie es einige Ersatzkassenvertreter an den Tag legten.⁴⁶ Angesichts des allgemeinen Bildes einer autoritär auftretenden französischen Verwaltung überrascht eher die Bestimmtheit, mit der deutsche Standpunkte hier vorgetragen wurden. Teilweise dürften die Besatzungsoffiziere mit der komplizierten Materie überfordert gewesen sein und schon deshalb, vor allem auf regionalem Niveau, auf deutsche Vorhaltungen gelegentlich eingegangen sein. Die Tübinger Section du Travail schlug sich zeitweise sogar gegen die Baden-Badener Planungen auf die Seite der deutschen Arbeitsverwaltung und gab dieser taktische Hinweise, wie sie gegenüber Baden-Baden vorgehen solle. Regionale Militärregierung, deutsche Arbeitsdirektion und Interessenvertreter der Betriebskassen arbeiteten in Württemberg-Hohenzollern schon Ende 1945 eng zusammen, um die zunächst sehr weitgehenden Baden-Badener Planungen zu beeinflussen und abzuschwächen. Dies war eine Sondersituation in Württemberg-Hohenzollern, wo christliche Gewerkschaftler im Zonenvergleich die stärkste Stellung innerhalb der deutschen Verwaltung hatten. In den anderen Teilen der Zone stimmten die deutschen Arbeitsverwaltungen mit den französischen Planungen in wesentlichen Punkten überein, so daß Kontroversen mit der Militärregierung dort aus diesem Grunde, und weniger wegen des politischen Drucks der Besatzungsmacht, kaum entstanden oder aber, wie in Hessen-Pfalz, in Fronten ressortbezogen quer durch deutsche und französische Administrationen hindurchgingen.

Die Palette der Anhänger und Gegner der Einheitsversicherung trat 1945/46 noch nicht in der Breite hervor, die sie nach Bildung der Landtage erhielt. So waren Stellungnahmen der Bauernverbände und der Ärzte noch nicht feststellbar, und die Gewerkschaften verhielten sich nach außen einheitlicher, als ihre Positionen in Wirklichkeit waren. Die Grundkonstellationen waren aber klar erkennbar: Mehrheit der Gewerkschaften, KPD und SPD als Anhänger einer Einheitsversicherung, Mehrheit der CDU, Unternehmer und Vertreter der Sonderkassen als ihre Gegner. Insbesondere innerhalb der CDU und der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommenden Gewerkschaftler zeigten sich schon 1945 Risse, die sich später vertieften. Hier verliefen die Fronten nicht nach Gegnern oder Befürwortern der Einheitsversicherung, sondern sie betrafen differenziertere Pläne, welche in der Grundlinie auf eine Vereinheitlichung des Krankenversicherungssystems bei Beibehaltung der übrigen Versicherungszweige zielten. Diese Konzeption setzte sich in der französischen Zone 1946 durch.

⁴⁶ Vgl. die in Anm. 42–45 zitierten Schreiben.